

Sachdokumentation:

Signatur: DS 4869

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/4869



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



Der aktuelle Freitags-Kommentar
6. September 2024

Machen Sie mit:

>> [Spenden](#)

>> [Schweizerzeit-Magazin abonnieren](#)

Verbote, Vertreibungen, Verhaftungen

Die Zensurwelle

von Hermann Lei, Kantonsrat, Frauenfeld

Eins muss man der EU lassen: Sie führt den Kampf gegen die Meinungsfreiheit nicht im Verborgenen. Im Gegenteil: Öffentliche Verhaftungen von Prominenten sind schon die Regel.

Telegram, eine der grössten Social-Media-Plattformen der Welt, gilt als Hort der Meinungsfreiheit. Deren Gründer und Chef, Durow, hat seine Heimat Russland 2014 verlassen, weil der Kreml ihn drängte, die Meinungsfreiheit einzuschränken, bzw. kritische Gruppen zu schliessen.

Von Putin vertrieben, von Frankreich verhaftet

Doch auch im Westen gilt das freie Wort nur dann noch als legal, wenn sie den Machthabern passt. So hat die Pariser Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren gegen den Telegram-Chef eingeleitet, angeblich wegen «unzureichender Kooperation bei Kriminalitätsermittlungen und Beihilfe zu Straftaten». Das ist die übliche Tarnbegründung, mit der man die Zensur in den sozialen Medien durchsetzen will. Ende August wurde der freiheitsliebende Russe in Frankreich gar verhaftet und nur gegen eine Kaution von fünf Millionen Euro freigelassen. Zudem muss er sich zweimal wöchentlich bei der Polizei melden und darf Frankreich nicht verlassen.

Nancy-Staat Deutschland

Was Macron kann, kann die gefährlichste Frau Deutschlands, SPD-Innenministerin Nancy Faeser, schon lange: Im Juli hat sie in den Redaktionsräumen des Nachrichtenmagazins Compact mit mehr als dreihundert Polizisten Razzien durchführen lassen. Die Medien waren dabei, als Polizeibeamte in Sturmhauben den Chefredaktor im Morgenmantel aus dem Haus zerrten.



Abbildung 1: Bild aus den Medien, das den Compact-Verleger zeigt

Als Grund wurde «Kampf gegen Verfassungsgegner» angegeben. Tatsächlich war es ein Kampf gegen rechts, weil die politische Rechte in Deutschland im Aufschwung ist.

EntNANCYfizierung

Diese seit den Dreissigerjahren beispiellose, mit Brachialsymbolik gepfefferte Aktion der Ministerin hat das deutsche Bundesverwaltungsgericht zumindest vorläufig ausser Kraft gesetzt. Aufgrund der «in weiten Teilen nicht zu beanstandenden Beiträge». Immerhin bei diesem Gericht scheinen Reste von Demokratieverständnis noch vorhanden zu sein. Vielleicht ist das der Beginn der deutschen EntNANCYfizierung. Sofern die abgewirtschaftete Ampelregierung, die hunderte «Delegitimierer» vom Verfassungsschutz bespitzeln lässt, nicht demnächst von selbst implodiert.

EU-Kommissare fordern Zensur

Seit Elon Musk nicht mehr links ist, ist aber auch für ihn «fertig lustig». Kurz vor der geplanten Live-Übertragung eines Gesprächs zwischen Musk und Trump hat ihn EU-Kommissar Thierry Breton unmissverständlich davor gewarnt, «schädliche Inhalte zu verbreiten».

incites violence, hate and racism in the EU, such as in the context of the recent riots in the United Kingdom.

I therefore urge you to promptly ensure the effectiveness of your systems and to report measures taken to my team.

My services and I will be extremely vigilant to any evidence that points to breaches of the DSA and will not hesitate to make full use of our toolbox, including by adopting interim measures, should it be warranted to protect EU citizens from serious harm.

Abbildung 2: «Hass und Rassismus»... «wir werden nicht zögern»: die EU schüchtert Musk ein.

Der Vorwurf: Musk bekämpfe «Hassrede» nicht genug (auf X). Sprich: Wenn Musk rechte Meinungen nicht zensiert, werde er «unser gesamtes Instrumentarium

einsetzen, auch durch die Verabschiedung einstweiliger Massnahmen.». X könne sogar in der EU gesperrt werden. Grundlage ist der DAS (Digital Service Act), eine EU-weite Vorschrift, welche Unternehmen ab einer gewissen Grösse zwingt, Zensur auszuüben.

X in Brasilien bereits gesperrt

Vorreiter im massiven Vorgehen gegen die freie Meinung ist Brasiliens sozialistisches Lula-Regime. Dort wurde Musk aufgefordert, Konten, die durch «Verschwörungserzählungen und Falschinformationen» auffallen, zu löschen. Gemeint sind die Konten von Anhängern des rechten Ex-Präsidenten Bolsonaro. Den Mitarbeitern von X wurden Gefängnisstrafen angedroht, wenn sie diese Zensurvorschriften nicht beachten würden. Um seine Mitarbeiter nicht zu gefährden, hat Musk die geschäftliche Aktivität in Brasilien eingestellt, was ihm einen Haftbefehl einbrachte. Und die Nationale Telekommunikationsbehörde wurde vom Obersten Gerichtshof angewiesen, X innerhalb von 24 Stunden stillzulegen. Zudem mussten Unternehmen wie Google und Apple innert fünf Tagen die X-App aus ihren Online-Shops entfernen.

Wehrbereitschaft von Facebook

Längst eingeknickt ist Facebook: Unter dem massiven Druck der Regierungen hat es schon seit langem ein umfassendes Zensurregime eingeführt. Unbekannt war bislang aber, dass der Chef Mark Zuckerberg von der US-Regierung unter Druck gesetzt worden war, ganz gezielt Inhalte zu zensieren. Zuckerberg legte offen, dass die Regierung Biden verlangt hatte, kompromittierende Informationen über Bidens Sohn Hunter verschwinden zu lassen. Ausserdem sei auch Druck gemacht worden, Inhalte zu Corona zu zensieren. Zuckerberg sagte, in Zukunft werde er sich nicht mehr so einfach einschüchtern lassen.



Abbildung 3: Facebook wurde gezwungen, Infos über Bidens Sohn zu zensieren und stattdessen zu verbreiten, die Story sei russische Fake-News.

Hoffentlich folgen ihm andere mit dieser Haltung. Ansonsten rollt die Zensurwelle weiter über Europa und die Welt.

Hermann Lei